BREMISCHE BÜRGERSCHAFT
Landtag
15. Wahlperiode

Drucksache 15/1195
19. 07. 02

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Rechtsbruch endlich beenden — Verantwortung für den europäischen Naturschutz wahrnehmen

Mit der Natura 2000 soll ein europaweites und vernetztes Schutzgebietsystem entstehen, um dem Verlust an biologischen Ressourcen und biologischer Vielfalt entgegenzuwirken. Ökologie hält sich nicht an Ländergrenzen: Deshalb sind miteinander verbundene Naturareale unabhängig von nationalen Grenzen erforderlich. Dies wurde 1992 von der damaligen CDU/FDP-Bundesregierung anerkannt. Mit ihrer Stimme wurde vom Rat der EU die Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie (FFH-RL) erlassen. Die Richtlinie geht deutlich über das bisherige Naturschutzrecht hinaus, indem sie Schutzgebiete in ein europäisches Gesamtkonzept einordnet und deren Festlegung nicht in das Ermessen der nationalen Naturschutzbehörde stellt.

Zur Umsetzung der FFH-RL mussten die einzelnen Bundesländer die schützenswerten Gebiete zur Weiterleitung nach Brüssel dem Bundesumweltministerium melden. Unter anderem aufgrund der Meldedefizite Bremens gehört Deutschland zu den Mitgliedstaaten, die den gemeinsamen Willen und die rechtlichen Anforderungen der EU bisher nicht umgesetzt haben. Auf der Konferenz der atlantischen Region im Juni 2002 hat die Kommission Deutschland gerügt und aufgefordert, ihre Meldungen zu vervollständigen. Von Bremen wird erwartet, dass es u. a. das Naturschutzgebiet Hollerland mit seiner extrem seltenen Binnensalzstelle als zu meldendes schützenswertes Gebiet nicht weiter verleugnet.

Andernfalls droht eine Verurteilung zur Zahlung eines Zwangsgeldes in Höhe von bis zu 750.000 € pro Tag. Es ist damit zu rechnen, dass dieser Betrag von den säumigen Bundesländern geleistet werden muss. Als weitere Konsequenz der Nichtumsetzung des europäischen Rechts ist davon auszugehen, dass die Auszahlung von Strukturfonds- und Agrarfondsgeldern gestoppt wird.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, endlich die EU-konforme Meldung der FFH-Gebiete durchzuführen, um wertvolle Lebensräume und vom Aussterben bedrohte Arten dauerhaft zum Wohle von Mensch und Umwelt zu schützen, im Sinne Europas zu handeln und schwerwiegende finanzielle Belastungen von Bremen abzuwenden.

Demgemäß sind entsprechend der naturschutzfachlichen Wertigkeit das Hollerland, der Weddewardener Außendeich sowie die relevanten Vorkommensbereiche von Kleinfischen in den Marschen unverzüglich zu melden.

Dr. Karin Mathes,
Dr. Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Druck: Anker-Druck Bremen